Der Erste Weltkrieg endete vor achtzig Jahren ...

Die letzten Tage des Ersten Weltkrieges in Berichten der *Remszeitung* und der *Gmünder Zeitung* – Auszüge

Eine historische Collage

Klaus Jürgen Herrmann

Vorbemerkung

Die Geschichte des „Ersten Weltkrieges" in Gmünd ist bereits gründlich – was die Quellen angeht – aufbereitet und dargestellt worden. Im Auftrag der Stadtverwaltung verfaßte im Jahr 1927 der Oberlehrer Georg Stütz eine Chronik „Gmünd im Weltkrieg", die damals weite Verbreitung und Zustimmung fand. Während Stütz eher die „rechte Sichtweise" der Ereignisse abdeckte, war ein späterer Epigone Rainer Thierbach ein Kind seiner Zeit als verspäteter 1968er. 1971/72 veröffentlichte er eine Arbeit an der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd „Über den Verlauf der deutschen Revolution 1918/19 in Schwäbisch Gmünd", bezeichnenderweise mit einem kernigen Vorwort von Rosa Luxemburg vom Gründungsparteitag der KPD und dem Vermerk in der Rems-Zeitung über die Revolutionskundgebung in der Stadt Schwäbisch Gmünd „Das Publikum hielt mustergültige Ruhe".

Die wohl beste Zusammenfassung – sine ira et studio – der Ereignisse hat der jüngst verstorbene Gmünder Historiker Dr. Ernst Lämmle in der 1984 publizierten „Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd" veröffentlicht.

Die vorliegende Collage will die letzten Tage des später so genannten „Ersten Weltkriegs" in der Presse der Stauferstadt schildern. Wie heute besaß das Gemeinwesen zwei Tageszeitungen, die „Remszeitung" und die „Gmünder Zeitung". In einer Zeit, in der die Presse die führende Rolle bei der Meinungsbildung spielte, waren diese Zeitungen maßgeblich auch für die Art der Berichterstattung stilprägend. Beide Zeitungen waren politisch zwar nicht parteigebunden, aber immerhin partei-orientiert. Die „Remszeitung" fühlte sich dem Zentrum, also der katholischen Bürgerschaft, die „Gmünder Zeitung" eher der liberalen „Deutschen Demokratischen Partei" verpflichtet. Die „Gmünder Zeitung" hatte nach unserem heutigen Geschmack eher das bessere Layout, war, was die Meldungen anging, auch im wesentlichen schneller als die Remszeitung. So meldete sie etwa mit Sonderblätter am Samstag, 9. November 1918 den Waffenstillstand und die Waffenstillstandsbedingungen, was die Leser der Remszeitung erst am folgenden Montag, 11. November erfahren durften. Beide Blätter waren oppositionell eingestellt, gegen Sozialdemokraten und Unabhängige Sozialdemokraten. Die Plazierung der Nachrichten – auch von den Arbeiter- und Soldatenräten – ist „chaotisch" nach dem Eingang der Ereignisse über den „Ticker" nacheinander aufgereiht, sie zeigen aber auch, was die Alltagsnachrichten angehen – Berichte über Sterbefälle, Gedichte, Bewerbungen, Meldungen aus dem Gemeinderat, Inserate usw. – die Sorgen und Besorgnisse der Gesellschaft der Stadt auf. So sind sie auch heute noch ungeschminkte, unverschönerte Dokumente ihrer Zeit. Beide Zeitungen erhielten im übrigen ihre überörtlichen Informationen vom Berliner Informationsdienst „Wolfs Telegraphen Bureau" – abgekürzt WTB oder WB.

Im übrigen: Der erste Generalquartiermeister Wilhelm Gröner, der die Heeresberichte unterzeichnete, hatte seine militärische Karriere als Leutnant in Schwäbisch Gmünd begonnen

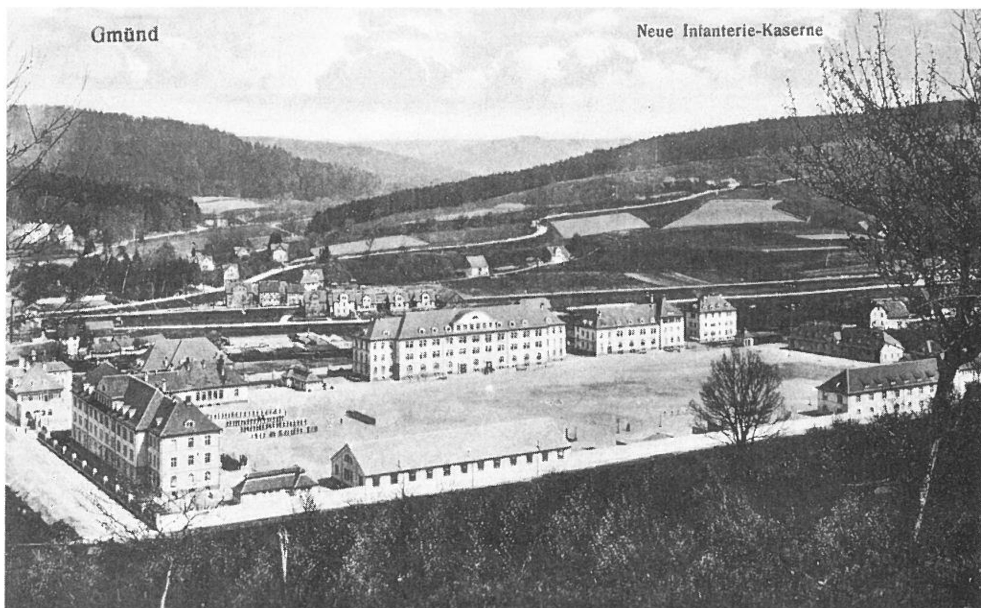


Ein Bild aus Friedenszeiten: Ausmarsch der Infanterie aus der alten Kaserne (Prediger)

und hier auch eine Gmünderin geheiratet, ehe er als erster Süddeutscher im preußisch-deutschen Generalstab Karriere machte, später als Heeresminister in der Weimarer Republik in verschiedenen Kabinetten diente und als der Mann in die Geschichte einging, der als Innenminister – letztlich zwecklos – die SA verbot.

Gmünd, Freitag, 8. November 1918
(Amtlich): An der Westfront ruhiger Tag

„Nordöstlich von Oudenaarde stießen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff warfen wir sie zurück. Zwischen Schelde und Oise suchte der Feind die planmäßige Fortführung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu behindern. Der Schwerpunkt ihrer Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße bei Bavai und bei Aulnoye an der Sambre. In schweren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Zwischen der Oise und Aisne hat der Gegner die Linie Vervins-Rozoy erreicht. Beiderseits von Rethel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wassigny-Rovion-Porcien und nördlich von Tourteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Vendresse und Mouzon. Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich zu erweitern . . .“
Der Erste Generalquartiermeister: Gröner
Während die Kämpfe an der Westfront weitergehen, zeichnete sich in Berlin und in anderen norddeutschen Städten der „Umsturz“ des alten Systems ab.



Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde die neue Infanteriekaserne erbaut

Umsturz auch in Deutschland

Am 7. November überreichte die sozialdemokratische Parteileitung am Nachmittag um 17 Uhr durch Ebert und Scheidemann dem Reichskanzler eine Erklärung, in der gefordert wurde: 1. daß die Versammlungsverbote für heute abend aufgehoben werden, 2. daß die Polizei und das Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten werden, 3. daß die preußische Regierung sofort im Sinn der Reichstagmehrheit umgestaltet wird, 4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird, 5. daß die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen bis morgen mittag bewirkt wird. Werden diese Forderungen nicht erfüllt werden, so künden die Sozialdemokraten an, aus der bisherigen Regierung austreten zu wollen. Gleichzeitig aber rufen sie die Arbeiter zur Besonnenheit auf. Wie der Korrespondent der Remszeitung unter Berufung auf Budapester Blätter weiter mitteilt, habe sich aber der Kaiser „mit voller Entschiedenheit auf den Standpunkt gestellt, daß er gerade mit Rücksicht auf die Erhaltung unserer inneren Ruhe und Ordnung unbedingt auf seinem Posten bleiben müsse. Danach hat der Minister des Innern Dr. Drews dem Kaiser über die Scheidemannsche Forderung nach Abdankung des Kaisers Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier teilte Dr. Drews mit, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Scheidemann hatte das Verhalten seiner Partei damit begründet, daß wenn Kaiser Wilhelm nicht abdanken würde, die Unabhängigen Sozialisten die Thronfrage aufwerfen und die Einführung der Republik fordern wollten . . . " Der Kommentator in der Remszeitung fügte dazu an: „Dieser Darstellung brauchen wir zwar, schon mit Rücksicht auf ihre ausländische Quelle, nicht Wort für Wort Glauben zu schenken, im allgemeinen indes dürfte sie zutreffen. Jedenfalls

aber ist heute durch die Ereignisse alles überholt. Im Norden des Reichs haben sich Dinge abgespielt, denen gegenüber selbst die Anbahnung der Waffenstillstandsverhandlungen in den Hintergrund getreten ist. Der Geist des Bolschewismus scheint zu triumphieren ..."

Die Unruhen in Norddeutschland

Nach einem Bericht der Kieler Zeitung wurde Sonntag nachmittag auf dem Exerzierplatz in Kiel eine Versammlung abgehalten, an der auch Marinemannschaften und Arbeiter beteiligt waren ... Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der in die Kaserne ... eindrang, das Innere erheblich beschädigte und Waffen entwendete ...In der Stadt rotteten sich verschiedene Personen, darunter auch zahlreiche Matrosen, zusammen ... Der befehligende Offizier forderte die Menge auf auseinanderzugehen ... Nun erging Befehl zum Scharfschießen ... Es gab 8 Tote und 29 Verwundete ... Als dann am Dienstag auf dem Linienschiff „Kaiser" Flaggengala stattfinden sollte, verlangten die Matrosen das Hissen auch der roten Fahne. Die Offiziere weigerten sich, im Kampf fielen zwei, die Mannschaften holten die deutsche Kriegsflagge herunter und hißten die rote Fahne, die auf allen deutschen Kriegsschiffen, soweit sie in Kiel liegen, wehte ...
Berlin, 7. November (amtlich): Von zuständiger Stelle wird über die Lage in den nördlichen Provinzen mitgeteilt: Die Unruhen haben sich auf einige weitere Orte ausgedehnt. In Bremen wird „zur Bildung einer sozialistischen Republik und eines Arbeiter- und Soldatenrates" aufgefordert. Aus Hamburg wird gemeldet: Das Zentralbüro des Arbeiter- und Soldatenrats teilt folgendes mit: Sämtliche Amtsgebäude und militärischen Gebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Plünderer werden mit sofortigem Erschießen bestraft ...

Die bevorstehende Zusammenkunft der Unterhändler mit Marschall Foch

Berlin, 7. November (amtlich): Folgender Funkspruch ist diese Nacht von deutscher Seite hinausgegangen: Die deutsche Oberste Heeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marschall Foch. Nachdem die deutsche Regierung im Auftrag des Präsidenten der Vereinigten Staaten benachrichtigt worden ist, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Bevollmächtigte ernannt worden: General der Infanterie von Gündell, Staatssekretär Erzberger, Gesandter Graf Oberndorff, General von Winterfeldt, Kapitän zur See Banselow. Die Bevollmächtigten bitten um Mitteilung durch Funkspruch, ob sie mit Marschall Foch zusammentreffen können ... Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit dem Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten vorläufige Waffenruhe eintreten könnte. Marschall Foch hat darauf gefunkt: An das deutsche Oberkommando von Marschall Foch. Wenn die deutschen Bevollmächtigten mit dem Marschall Foch wegen des Waffenstillstands zusammentreffen wollen, mögen sie bei den französischen Vorposten ... einfinden. Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu geleiten.

Einmarsch der Bayern in Tirol

Innsbruck, 6. November: Die Innsbrucker Nachrichten bringen an der Spitze ihrer heutigen Morgennummer folgende Meldung: Das bayerische Kriegsministerium in München hat dem Präsidenten des Tiroler Nationalrats am 5. November 1918, um 3/3 11 Uhr nachts folgende

Depesche übermittelt: Die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Oestreich und der Entente zwingen uns, zur Sicherung unserer Landesgrenze Truppen nach Nordtirol zu schikken. Gleichzeitig sollen die Truppen mithelfen, um den Abzug aufgelöster Teile des östreichischen Heeres nach Osten zu ordnen und das Land vor Zuchtlosigkeit zu schützen. Unsere Vorhuten überschreiten am 5. November die Grenze. Starke Kräfte werden folgen. Wir kommen als Freunde und erwarten, daß uns bei unseren Bewegungen keine Hindernisse ... in den Weg gelegt werden. Sollte das trotzdem der Fall sein, so sind unsere Truppen angewiesen, sich mit Waffengewalt dagegen zu wehren ..."

Die Abrüstung des östreichischen Heeres

Wien, 7. November. Der Staatsrat faßte über die Abrüstung des Heeres Beschluß. Alle deutsch-östreichischen Soldaten, die das 42. Lebensjahr überschritten haben, sind sofort zu entlassen. In den nächsten Tagen erfolgt von Fall zu Fall je nach der Transportmöglichkeit die Entlassung der weiteren Jahrgänge.

Aus Württemberg

Wie der Staatsanzeiger hört, haben sämtliche Mitglieder des königlichen Staatsministeriums gestern die ihnen anvertrauten Ämter in die Hände des Königs zurückgelegt und um Entlassung gebeten. Der König hat von dem Gesuch Kenntnis genommen und die Minister ersucht, ihre Ämter bis zu der in Aussicht genommenen Neubildung des Staatsministeriums weiter zu verwalten.

Vom Gmünder Rathaus

Gmünd, 8. November
Bericht aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 7. November : ... Von der Bestellung von eingemachtem Sauerkraut nach einem vorliegenden Angebot wurde abgesehen; Holsteiner Rundkraut wird zum Preis von 7 Mark der Zentner abgegeben. – Zur Eindeckung der Kartoffeln wurde der Beamte der städtischen Lebensmittelverteilungsstelle zu den weiteren geeigneten Schritten und nötigen Reisen ermächtigt. – An Bodenkohlraben sollen statt 3 Wagen 5 Wagen bestellt werden. – In der Frage der Mehlversorgung und in der Versorgung von Weizenmehl wurde von einem vorliegenden Erlaß der Landesgetreidestelle und von einem Erlaß des königlichen Oberamts Gmünd auf die Behandlung dieser Frage in der letzten Sitzung Kenntnis genommen, ebenso von einem Erlaß der Landesversorgungsstelle betr. die Milchbelieferung des Reservelazaretts 2 durch die Molkerei-Genossenschaft Bargau und ebenso zu den Vorschriften der bevorstehenden Neuregelung der Frischmilchbelieferung. – Die Einrichtung von Automatengas für das städtische Wohngebäude Turmgasse 19 wurde genehmigt und der Mietzins etwas erhöht. – Beschlossen wurde die Durchführung einer 10prozentigen Erhöhungen der Mietpreise für die städtischen Wohnungen vom 1. April 1919 ab. Die Abortentleerungs-, Wasserzins- und Kaminreinigungskosten sollen bei künftiger Vermietung auf die Stadtpflege übernommen, dies aber bei Festsetzung der Mietpreise in Anrechnung gebracht werden. – Den im Feldschutz verwendeten 2 Ersatzschutzleuten und den 2 Zivilfeldhütern wurden 100 Mark Prämien in Abstufungen genehmigt. – Der Ausruferlohn für den städtischen Ausrufer wurde einheitlich auf 5 Mark erhöht. – Von dem Bericht des Stadtpolizeiamtes über den Stand der Schutzmannschaft wurde Kenntnis genommen. Von einem Bewerbeausschreiben für die offenen Stellen soll zunächst



Transport ins Feld, Appell auf dem Kalten Markt, 1916

bei dem zweifellos noch bestehenden Mangel an Bewerbern abgesehen und zunächst versucht werden, die noch beim Heer befindlichen Schutzleute freizubekommen. – Einem Gesuch des Besitzers des Uniontheaters um Vorführungen an 4 Wochentagen kann nicht entsprochen werden. – Für den einberufenen Bauführer Abele wurde die Anstellung einer Aushilfe auf 3 bis 4 Wochen genehmigt. – Die in einem Bericht der Stadtpflege beantragte Vergebung der Herstellung der Papiernotgeldscheine in Höhe von 990 000 Mark in 5-, 10-, 20- und 50-Markscheinen an die Firma F. Burger in Augsburg fand Genehmigung nach dem zu ändernden Entwurf Holl. – Die Stelle eines zweiten Stellvertreters für den Totengräber soll nochmals ausgeschrieben werden. – Von einem Bericht der Stadtpflege betr. die Zeichnung von 15 000 Mark auf die 9. Kriegsanleihe aus dem Reservefonds des Gaswerks, ebenso von einer Anzeige über die Abmeldung der Kriegswertversicherung wurde Kenntnis genommen.

Aus Stadt und Umgebung

– Die Bewerber um die erledigte Stelle des Vorstands und 1. wissenschaftlichen Hauptlehrers am Lehrerinnenseminar Gmünd, mit der eine Verpflichtung bis zu 16 Wochenstunden verbunden ist, haben ihre Bewerbungen bis zum 15. November beim katholischen Oberschulrat einzureichen.
– Herbstwetter. Nach einer alten Wetterregel sind Buchelnherbste schöne Herbste. In Anbetracht der gegenwärtigen prächtigen Tage muß man die Richtigkeit dieser alten Erfahrung wohl gelten lassen. Dem Buchelnsammeln kommt das äußerst angenehme Wetter sehr zustatten.
– Weitere Erhöhung der Eisenbahntarife. Am 1. April 1917 haben die deutschen Eisenbahnen einen Kriegszuschlag von 15 Prozent zu den Frachtsätzen des Güter- und Tierverkehrs eingeführt, um wenigstens teilweise die durch den Krieg hervorgerufenen Mehrausgaben zu

decken. In der Zwischenzeit ist das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben durch die Steigerung der letzten derart gewachsen, daß die Wirtschaftlichkeit der Staatsbahnbetriebe ernstlich in Frage gestellt ist. Die deutschen Staatseisenbahnen sehen sich daher gezwungen, auf eine Vermehrung der Einnahmen durch Erhöhung der Tarife im Güter- und Tier- und Personenverkehr Bedacht zu nehmen . . .
Drahtnachrichten sind heute infolge Unterbrechung der Fernsprechverbindungen mit Berlin ausgeblieben.

Raubanfall

Königliche Staatsanwaltschaft Ellwangen. Raubanfall. Am 27. Oktober 1918 mittags zwischen 12 und 1 Uhr hat auf der Straße Gmünd-Oberbettringen ein Unbekannter – angeblich 17 bis 18 Jahre alt mittelgroß, brauner Anzug – einem 14jährigen Mädchen mit Gewalt 3 Mark Papiergeld und ein Stück Weißbrot entrissen. Der Täter lief hierauf dem Wald zu.
Den 6. November 1918 Goldmann

Freiwillige Feuerwehr Gmünd

Kommenden Sonntag, 10. November wird in der Frühe bei jeder Witterung die Herbst-Hauptübung abgehalten, wozu die gesamte freiwillige Feuerwehr in voller, blanker Ausrüstung auszurücken hat.
Antreten pünktlich vormittags 3/4 7 Uhr:
der Weckerlinie am Gerätehaus (Spital)
der Feuerwehr-Kompanie am Werkhaus (Sebaldstraße)
Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich!
Das Feuerwehr-Kommando

Feldpostschachteln, Feldpostbriefe, Feldpostkarten, Packschnüre kaufen Sie vorteilhaft bei Heinrich Haar, Papierhandlung, Kappelgasse 7

Bezirkskommando Gmünd stellt sofort Zweijährig-Freiwillige als Schreiber ein. Tüchtige Bewerber mit guter Handschrift der Jahrgänge 1899 und 1900, die nicht kriegsverwendungsfähig sind und die Absicht haben, später beim Bezirkskommando zu kapitulieren (= sich anstellen zu lassen), wollen sich unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs beim Bezirkskommando melden.

Hilfsarbeiter oder **Schreibfräulein** mit gewandter Handschrift und Kenntnissen im Maschinenschreiben auf 1. Dezember dieses Jahres oder 1. Januar kommenden Jahres gesucht. Handschriftliche Bewerbungen mit Angabe der seitherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche binnen 5 Tagen hieher erbeten. Gmünd, 7. November 1918. Bau- und Steuer-Ratschreiberei. Rothmund

Kriegsbeschädigter Unteroffizier, 24 Jahre alt, gelernter Metzger, welcher infolge Verwundung seinen Zivilberuf nicht mehr voll ausfüllen kann, jedoch gegenwärtig als Fleischbeschauer ausgebildet wird, sucht Anstellung oder Beschäftigung in diesem Fache. Oberamt Gmünd bevorzugt. Schriftliche Angebote an die Rems-Zeitung unter Nummer

Auf der Freibank wird morgen 9. November Kuh- und Rindfleisch ausgehauen. Abgabe an Mitglieder des Viehversicherungsvereins von 8 bis 10 Uhr. Von 10 Uhr ab wird Fleisch abgegeben an die Inhaber der Ausweiskarten Nr. 801 bis 1260 gegen halbe Fleischmarken (17 Stück auf 1 Pfund). Auf 1 Ausweiskarte wird 1 Pfund Fleisch abgegeben. An Inhaber von Wirtschaften, Metzgereien, Kostgebereien, Anstalten wird Fleisch nicht abgegeben. Städtisches Lebensmittelamt

Suchen gegen sofortige Kasse feine, kurante Juwelen in jeder Preislage, Fassungen aller Art, Taschen- und Zigaretten Etuis in Gold und Silber auch Silber-Korpus-Waren. Margraf & Co. G.m.b.H. Berlin W 8, Kanonierstraße 9

In der Nähe des Gasthauses zum Rosenstein ging gestern eine schwarze Brieftasche verloren. Der redliche Finder wird gebeten, diese gegen gute Belohnung dem Verlierer abzugeben

Gmünd, Samstag, 9. November 1918

(amtlich): „An der Westfront ruhiger Tag“
Zum vermeintlichen Kriegsende kommentiert der Berliner Mitarbeiter der Remszeitung:

Der sterbende Weltkrieg

„Dieses schaudervolle Ringen, dessen Zeugen wir seit vier einhalb Jahren waren, neigt sich seinem Ende zu. Der Weltkrieg stirbt! Sind es aber frohe Gefühle, die uns ob dieser Aussicht beschleichen? Gewiß, wir haben den Frieden mit allen Fasern unseres Herzens herbeigesehnt. Wir haben für ihn gekämpft, geduldet und gestritten und die Besten von uns sind für ihn in den Tod gegangen. Viele, allzuviele schlummern in fremder Erde den Kriegerschlaf! Das Ende ist bitter, weil es uns um viele, ach so viele stolze Hoffnungen betrügt. Es ist nicht nur ein Gefühl der Erleichterung, das wir jetzt empfinden! Endlich einmal frei von der drückenden, niederdrückenden Last dieses entsetzlichen Krieges! Jetzt freie Bahn, um wenigstens den Bau der neuen Zeit nicht vollends unmöglich zu machen!

Es ist uns nichts erspart worden. Wir haben den Kelch bis zur Neige leeren müssen. Nach Siegen, wie sie die Weltgeschichte noch nie erlebt hat, nach Heldentaten, welche man in späteren Generationen noch bewundern wird, nach einem Heroismus, wie ihn ein ganzes, von aller Zufuhr abgeschnittenes Volk schier ein Jahrfünft ertragen hat, nach alledem dieser Sturz! Nicht besiegt sind wir, und wir konnten auch nicht besiegt werden! Der Übermacht allein, der Gewalt mußten wir weichen! Ein Volk, das still und opferbereit alles erduldete, hat nun aber auch ein Recht, Rechenschaft darüber zu fordern, wie das alles kam! Es darf und muß die Frage aufwerfen, wie diese verhängnisvollen Täuschungen über die militärische und technische Überlegenheit der gegnerischen Kräfte aufkommen konnten. Es muß auch gründlich Rechenschaft darüber fordern, ob nicht doch schon zu früheren Zeiten hätte ein Ende gemacht werden können, welches uns nicht dem moralischen und wirtschaftlichen Elend so preisgegeben hätte, wie das jetzt der Fall ist. Unsere zusammengebrochenen Verbündete weisen alle darauf hin, daß die maßgebenden Stellen Deutschlands niemals im Zweifel darüber gelassen worden seien, daß ihre Widerstandskräfte nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt gehe. Ihre öffentliche Meinung macht unverhohlen die deutsche Militärpolitik für ihren eigenen Zusammenbruch verantwortlich. Namentlich die ungarische Presse wehrt

Gmünder Zeitung

Mit den amtlichen Bekanntmachungen aus Stadt und Bezirk Gmünd
Amtsblatt für Alfdorf im Oberamt Welzheim

Nr. 262. Samstag, 9. November 1918. 13. Jahrgang.

Waffenstillstand — Volksbewegung — Kaiserfrage

Volksbewegung, Kaiser und Waffenstillstand das sind die drei Achsen, um die sich in wirbelnder Unübersichtlichkeit das Rad der deutschen Geschichte dreht. In München ist die bayrische Republik ausgerufen, in Stuttgart ist Aehnliches für heute geplant, und es ist kaum anzunehmen, daß die schnell noch ernannte parlamentarische Regierung unter Liesching als ausreichendes Sicherheitsventil sich erweist. In vielen deutschen Städten sind Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, in Frankfurt a. M. ein Wohlfahrtsausschuß, in dem auch die bürgerlichen Demokraten neben den Sozialisten vertreten sind. Die ganze Bewegung zeigt, trotz ihrer revolutionären Form, doch auch die deutsche Zucht. So sind da und dort bewährte Kräfte des bisherigen Systems, Polizeibeamte, Offiziere, Verwaltungsbeamte mit in die neuen Regierungskörper hereingenommen worden. In Braunschweig aber haben die „Unabhängigen" kurzerhand dem Herzog die Abdankungsurkunde vorgelegt. Der Kaiser, des Herzogs Schwiegervater, wird — ein tragisches Schicksal — gleichfalls abdanken müssen. Daß es noch nicht geschah, daß erst eine Kanzler- und Staatskrise heraufbeschworen werden mußte, wie sie gestern in der aufgeregten Reichshauptstadt entstand, das ist das Unbegreifliche. Die Sozialdemokratie hat sich mit dem vorläufigen Bescheid, daß des Kaisers Entschluß bevorstehe, begnügt und ihr Ultimatum bis zum Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen verlängert. Diese sind unterwegs, aber ihre Uebergabe hat sich durch die Furchtsamkeit des deutschen Kuriers verzögert, der die Detonation eines Munitionslagers für Artilleriefeuer hielt und deshalb die Linie nicht zu überschreiten wagte. Foch verlangt, daß die Bedingungen bis Montag vormittag angenommen oder abgelehnt sein müssen. Er hätte uns die Deutlichung dieser Befristung ersparen können, da wir es uns doch nicht mehr leisten können, solange

Großes Hauptquartier, 8. Nov. WTB. (Amtl.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Der Franzose, der sich nordöstlich von Oudenaarde erneut auf dem östlichen Scheldeufer festsetzte, wurde im Gegenangriff über den Fluß geworfen. Zwischen der Schelde und der Maas haben wir die Bewegungen in letzter Nacht planmäßig durchgeführt. Vor unseren neuen Linien entwickelten sich Nachhutkämpfe, die südlich der Straße Valenciennes-Mons, an der Sambre, nördlich von Avesnes und auf den Maashöhen südlich von Sedan größeren Umfang annahmen. Sie endeten überall mit der Abwehr des Gegners. Der Feind stand am Abend östlich von Bavai, nördlich Avesnes, östlich La Capelle südwestlich von Hirson, südlich von Signy-l'Abbaye, bei Poix-Terron und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan. Oestlich der Maas Teilkämpfe in dem Waldgelände westlich von Brandeville.

Der Erste Generalquartiermeister:
Gröner.

Abendbericht.

Berlin, 8. Nov. abends. WTB. (Amtlich.)
An der Westfront ruhiger Tag.

...nen unter der Leitung des Staatssekretärs Erzberger, eine Reisestörung erlitten habe und nicht früher als Donnerstag abend zwischen 8 und 10 Uhr in Haudroy, 2 Kilometer nordwestlich von La Capelle, sein könne. Dieses ist der von General Foch angegebene Verhandlungsort. Der deutsche Oberbefehlshaber teilte ferner mit, daß er den Befehl erteilt habe, das Feuer an der Front von heute nachmittag 3 Uhr ab einzustellen.

Die Kaiserfrage.
Vor dem Rücktritt des Kaisers.

Berlin, 8. Nov. (WTB.) Der Kaiser, der vom Reichskanzler genau unterrichtet ist, hat den Prinzen Max von Baden einstweilen die Geschäfte als Reichskanzler weiter zu führen bis der endgültige Beschluß des Kaisers erfolgt. Dieser ist in kürzester Frist zu erwarten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion haben folgenden Aufruf erlassen: Arbeiter, Parteigenossen! Ein Teil der ...

...elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtage konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes auch die Entwicklung der Zustände ohne allzuschwere Erschütterungen zu erledigen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten, oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. ...

...ner folgten die Soldaten nicht. Zuerst wurde die Guldeinschule gestürmt und dann die Max II.-Kaserne, ferner die Kaserne auf dem Marsfelde und die Türken-Kaserne, in der das Leib-infanterie-Regiment untergebracht war. Die Soldaten wurden aus den Kasernen herausgeholt und zogen sofort mit den anderen Soldaten, zum Teil mit Waffen und Munition ausgerüstet. Im Militärgerichtsgefängnis wurden die Gefangenen noch am Abend befreit und ebenfalls zum Mitgehen veranlaßt. Offiziere waren auf der Straße nicht zu sehen. Wenn man sie erblickte, so mußten sie die Reichskokarde von der Mütze nehmen, wie überhaupt heute jeder Soldat und Offizier in München ohne Reichskokarde auf der Straße zu sehen ist. Es wurden in den Kasernen verschiedene Fenster eingeworfen und Einrichtungsgegenstände geraubt. Die Schilderhäuser wurden zertrümmert. Im großen Festsaal der Matthäser-Brauerei im ersten Stock wurde in der Nacht noch eine Versammlung abgehalten, in der ein Soldatenrat gebildet wurde. Im unteren Saale der gleichen Brauerei wählte man dann den Arbeiterrat, und zwar: zum ersten Vorsitzenden Kurt Eisner, der den Aufruf unterzeichnet hat, zum zweiten Vorsitzenden Unterleitner. Alsdann traten die Räte im Landtagsgebäude zusammen und beschlossen noch in der Nacht den bereits gebrachten Aufruf an die Münchener Bevölkerung.

Gestern veröffentlicht die Abendausgabe der „Münchener Neuesten Nachrichten" an der Spitze ihres Blattes einen Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns, in dem es unter anderem heißt: Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als seine erste und größte Aufgabe, dem Volk den heißersehnten Frieden zu bringen und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Unterhandlung getreten. Noch ist aber die Gefahr nicht vorüber. Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat lehnt es ab ...

Gmünder Zeitung vom Samstag, den 9. November 1918

sich entschieden gegen den Vorwurf des Treuebruchs und sagt, die deutschen Machthaber hätten durch die Maßlosigkeit ihrer Ziele den allgemeinen Zusammenbruch verschuldet. Das deutsche Volk hat Anspruch darauf, daß diese Beschuldigungen gründlich geprüft werden. Das alte System ist zwar zusammengebrochen, aber die Verantwortlichkeit für das ungeheuerliche Geschehen kann nicht erlöschen …

Die Bedingungen für einen Waffenstillstand übergeben.
Vorläufige Waffenruhe abgelehnt.

Amsterdam, 8. November. Das Büro Radio teilt mit: Die deutschen Bevollmächtigten erhielten Freitag morgen im Großen Hauptquartier der Verbündeten die Bedingungen für den Waffenstillstand sowie die dringende Aufforderung, sie binnen 72 Stunden, die Montag vormittag 11 Uhr ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen. Der deutsche Vorschlag zum sofortigen Abschluß einer vorläufigen Waffenruhe wurde von Foch abgelehnt. Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch Kurier nach dem deutschen Hauptquartier überbracht worden.

Berlin, 8. November
Die deutsche Waffenstillstandskommission, die gestern mittag aus dem Großen Hauptquartier nach den französischen Linien abgefahren ist, besteht aus dem Staatssekretär Erzberger

als Vorsitzenden, dem Gesandten Graf Oberndorff, Generalmajor von Winterfeld und Kapitän zur See von Vanselow ... Aus einer Pariser Nachricht des Nieuwe Rotterdamschen Courant geht hervor, daß die aus 10 Personen bestehende deutsche Bevollmächtigten-Kommission auf der Fahrt eine Reisestörung erlitt und erst Donnerstag abend zwischen 8 und 10 Uhr in Handroy 2 km westlich von La Capelle, dem von Marschall Foch bezeichneten Treffpunkt, angekommen ist. Foch hat zwar den von der Obersten Heeresleitung gemachten Vorschlag einer vorläufigen Waffenruhe abgelehnt, doch hat der deutsche Oberbefehlshaber trotzdem den Befehl erteilt, daß deutscherseits das Feuer von Freitag nachmittag 3 Uhr an einzustellen sei.

Bern, 8. November (Privattelefon)
In Berner politischen Kreisen ist man auf Grund übereinstimmender Berichte der Ansicht, daß die von Marschall Foch gestellten Waffenstillstandsbedingungen sehr scharf sein werden, daß indessen die Friedensbedingungen nicht besonders drückend oder demütigend ausfallen werden und daß man auch den Feind ausgiebig zu Wort kommen lassen werde. Das Ende des Weltkriegs hält man in allen unterrichteten Kreisen für sicher, aber die Revolutionsgefahr für aufs höchste gestiegen.

Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers.

Berlin, 8. November (Privattelefon): Wie wir hören, ist dem Kaiser über die Lage telegraphisch Bericht erstattet worden. Der Reichskanzler Max von Baden hat dem Kaiser seinen Rücktritt angeboten.

Ein Entschluß des Kaisers bevorstehend.

Der Kaiser, der vom Reichskanzler über die Gesamtlage genau unterrichtet ist, bat den Prinzen Max von Baden einstweilen die Geschäfte als Reichskanzler weiterzuführen, bis der endgültige Beschluß des Kaisers erfolgt. Dieser ist in kürzester Frist zu erwarten.

Berlin, 8. November WW. Das Kriegskabinett ist unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seit dem frühen Vormittag zu einer Sitzung versammelt. Die Nachricht eines hiesigen Blattes, daß der Reichskanzler ins Hauptquartier abgereist sei, ist sonach unrichtig. Es verlautet, daß mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten die Frist des sozialdemokratischen Ultimatums bis 6 Uhr nachmittags verlängert worden sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. Das Straßenbild der Reichshauptstadt ist von den politischen Ereignissen fast gänzlich unbeeinflußt. Es wird in allen Betrieben gearbeitet. Nach amtlicher Mitteilung ist die gestrige Anordnung über die Einstellung des privaten Telegramm- und Fernsprechverkehrs aufgehoben.

Diese Ereignisse werden in der Remszeitung folgendermaßen kommentiert:

„Durch das sozialdemokratische Ultimatum, das Donnerstag nachmittags dem Reichskanzler überreicht worden ist, hat sich die politische Lage aufs äußerste zugespitzt. Es kann im Augenblick noch nicht übersehen werden, welche Wirkungen ein Rücktritt des Kaisers haben und ob dadurch eine Klärung der politischen Lage eintreten würde. In maßgebenden politischen Kreisen nimmt man aber, so wird der Frankfurter Zeitung geschrieben, als feststehend an, daß im Fall der Nichtabdankung des Kaisers das Ende der gegenwärtigen Volksregierung eintreten würde, sei es dadurch, daß der Reichskanzler Max sein Amt niederlegt, oder dadurch, daß die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung ausscheiden. Wenn das gegenwärtige auf einem Programm der Mehrheitsparteien beruhende Kabinett seinen Zusammenhang verliert, dann ist kein Zweifel mehr darüber möglich, daß die zur Zeit im Amt befindliche Volksregierung durch eine rein sozialdemokratische Regierung ab-

gelöst werden würde. Ob diese neue Regierung sich lediglich aus Mitgliedern der Mehrheitssozialisten zusammensetzten oder ob auch Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie zu ihr gehören würden, läßt sich heute, wo die Ereignisse noch im Flusse sind, nicht voraussagen ...

Die Aufstandsbewegungen im Reich analysiert die Remszeitung unter dem Titel:

„Auf der schiefen Ebene“

„Über die Unruhen im Reich wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die Aufstandsbewegungen haben sich weiter ausgedehnt. Es sind davon unter anderen in Mitleidenschaft gezogen Hannover, Köln, München, Braunschweig und Magdeburg ... Es zeigt sich jetzt ein gewisses planmäßiges Vorgehen. Überall dasselbe Bild! Aus den Hauptzentren Kiel und Hamburg sind im Lauf des gestrigen Tages immer wieder Züge mit bewaffneten Matrosen und Aufrührern in das Land entsandt worden. Diese versuchen in den wichtigsten Städten sich sofort der Verkehrszentralen zu bemächtigen und die Kommandostellen aufzuheben. Dann wird unter Heranziehung lichtscheuer Elemente, unter denen sich eine große Reihe Fahnenflüchtiger befindet, versucht, auch die Truppen zu verseuchen, indem ihnen vorgespiegelt wird, daß es sich gar nicht um eine revolutionäre Bewegung handle, sondern um militärische Reformen. Bei manchen Truppen ist der Versuch gelungen ... Die ganze Bewegung geht – bei aller Unklarheit in Einzelheiten – offenbar von Rußland aus, wobei die bisherige Berliner Vertretung der russischen Sovjetrepublik bekanntlich mitgewirkt hat. Wie die russische Sovjetregierung selbst zugibt, hofft sie nur dadurch sich zu erhalten, daß auch in Deutschland und demnächst in ganz Europa die bolschewistische Idee noch einmal zum Aufflammen kommt ...

Neue Luftangriffe auf deutsche Städte

Mehrere feindliche Geschwader haben in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober offene Städte in Baden und der Pfalz mit Bomben belegt. In Heidelberg, das keinerlei militärischen Zwekken dient, wurde die Universität beschädigt. Der jeder Kriegsindustrie entbehrende Badort Türkheim in der Pfalz war gleichfalls das Ziel von Bombenwürfen. 5 Personen wurden bei den Angriffen getötet, 30 verwundet.

Frieden

Ein hinkend Roß mit wundem Reiter
hält vor dem Tor der Königsstadt:
„Ich bring' den Frieden; sagt es weiter“,
spricht der Soldat, so sterbensmatt

Er weiß von Kämpfen und von Siegen
von Helden, die im Felde ruhn,
bei denen er so gern möcht' liegen ...
Was soll als krank daheim er tun?

Die Menge lauscht dem Friedensboten
wie einem, der das Leid ansagt,
und jeder denkt der vielen Toten
und schleicht sich weg und weint und klagt

Ist das der Friede heißumstritten
den jede Seele tief ersehnt?
Hast, deutsches Volk, du nur gelitten,
daß dir das Herz vor Schande stöhnt?

So sinnt der Reiter auf dem Rosse,
den beiden ist es gar so schwer ...
Vom Karabiner zwei Geschosse,
und Roß und Reiter sind nicht mehr.

W. Schneiderhan

Die neue württembergische Regierung ernannt

Wie die Württ. Presse Korr. hört, hat der König den Präsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister der Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Frhr. von Weizäcker, den Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. v. Fleischhauer und den Staatsminister der Justiz ihrem Ansuchen gemäß ihrer Ämter enthoben und den Oberregierungsrat Liesching, Mitglied der 2. Kammer, mit den Geschäften des Präsidenten ... betraut ...

Für die Neuwahl des Präsidiums zur Zweiten Kammer, das, wie nunmehr feststeht, der bisherige konservative Präsident von Kraut niederlegen wird, kommt in erster Linie die Zentrumspartei in Betracht, die wie verlautet, ihren Abgeordneten Landgerichtsdirektor Walter in Ellwangen zum Kandidaten ausersehen hat . . .

Aus Württemberg

Stuttgart, 7. November. Der König hat angeordnet, daß auch seitens der Krone dafür Vorsorge getroffen werden soll, daß die mit Eintritt der Demobilisation plötzlich verfügbar werdenden Arbeitskräfte in den Betrieben der Hofverwaltung entsprechende Beschäftigung finden können.

Unterboihingen, 8. November. Auf dem Bahnhof gelang es dem Landjäger einen Stuttgarter Fleischhamsterer mit gegen 1 Zentner Fleisch abzufassen und weitere 1½ Zentner zu beschlagnahmen. Dabei konnte der zweite Missetäter entwischen.

Ein sehr guter Fang

Hall, 7. November. Ein gemeingefährlicher Bursche wurde am letzten Sonntag abend in der Person des 20 Jahre alten Fabrikarbeiters Otto H. von Gronau OA. Marbach von der Landjägermannschaft in einem hiesigen Gasthof festgenommen und dem Gericht übergeben. Der Genannte, der als Ersatzreservist eingezogen war, ist am 15. Oktober dieses Jahres aus einem Lazarett in Ludwigsburg, wo er als kranker Untersuchungsgefangener untergebracht war, entwichen und hat sich sofort mittels Diebstahls Zivilkleider verschafft. Hierauf begab er sich nach Eschenau OA. Weinsberg, wo er einer Wirtswitwe 1400 Mark und nach Heilbronn, wo er einem Dienstmädchen 150 Mark entwendete. Den größten Teil dieses Geldes hatte er in Heilbronn in zweifelhafter Gesellschaft verjubelt, so daß er bei seiner Festnahme nur noch im Besitz von 88 Mark war. Auch ließ er sich in Heilbronn einen feldgrauen Anzug mit Feldwebelauszeichnung anfertigen und legte hierzu das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse, sowie den türkischen Halbmond an, wobei er sich als Otto von Bodin ausgab. Er wurde an das Militärgericht nach Ludwigsburg abgeliefert.

Die Heubacher Bahnbestrebungen in früherer Zeit

Die Möglichkeit der Ausführung einer elektrischen Straßenbahn von Gmünd nach Heubach unterliegt gegenwärtig einer fachmännischen Prüfung. Man spricht auch schon von der Bildung eines Eisenbahnausschusses, der, wenn die Ausführbarkeit des Planes einmal feststeht und die Vorarbeiten weiter vorangeschritten sind, mit der energischen Betreibung der Angelegenheit betraut werden soll. Es ist heute nicht ohne Interesse, einen Blick auf die früheren Bestrebungen zu werfen, die eine Anschließung des gewerbreichen Städtchens Heubach und seiner Umgebung an die Remstalbahn zum Ziel hatten.
Das erste Projekt für eine schmalspurige Eisenbahn Heubach–Mögglingen wurde vor etwa

20 Jahren von der Continentalen Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft-Berlin ausgearbeitet und auf Grund eingehender Erhebungen mit Längen- und Straßen-Profil und Lageplan belegt. Nach dem Kostenvoranschlag sollten die Baukosten ohne Grunderwerb jedoch mit Betriebsmitteln bei einer Länge der Linie von 4,8 km sich auf 349000 Mark belaufen ... Da sie keinen Nutzen versprach, sah man von der Weiterverfolgung dieses Planes ab.

Im Spätherbst des Jahres 1898 kamen sodann die bürgerlichen Kollegien von Gmünd, Waldstetten, Oberbettringen, Bargau und Heubach überein, zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn für Personen- und Güterverkehr von Gmünd über Bettringen, Bargau und Buch nach Heubach mit Fortsetzung bis Mögglingen sowie mit einer Abzweigungslinie nach Waldstetten die Vorarbeiten ... anfertigen zu lassen ... und ebenfalls der Continentalen Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Berlin zu übertragen ... Die Kosten für die Vorarbeiten sollten von der genannten Gesellschaft wieder zurückbezahlt werden, sofern ihr der Bau und der Betrieb der Bahn übertragen würde. Die Frage, ob Dampf- oder elektrischer Betrieb sollte solange offengelassen werden, bis sich die Techniker auf Grund der Untersuchung der Steigungsverhältnisse usw. für die eine oder die andere dieser Betriebsarten als die geeignetste entschieden hätten. Die Bahn war schmalspurig gedacht mit 75 Zentimetern Weite ... Die Gesellschaft rechnete einen jährlichen Fehlbetrag von 5725 Mark heraus ohne Verzinsung des Anlagekapitals, das für dieses Unternehmen den Betrag von 1 Million überschreiten würde; sie schrieb damals selbst, die Ertragsrechnung ergebe ein Bild, das einer weiteren Auslegung nicht bedürfe.

Auf ein an die Generaldirektion der Staatseisenbahnen gerichtetes Gesuch um Absendung eines Regierungstechnikers zur Einsichtnahme und Begutachtung eines Eisenbahnprojekts Weißenstein–Heubach–Mögglingen erwiderte die Generaldirektion, daß die Ausführung dieser Bahnverbindung für absehbare Zeit nicht in Aussicht gestellt werden könne.

Im Jahre 1911 haben sodann die Firmen Brown, Boverie & Cie in Mannheim, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Bergmann-Elektrizitätsunternehmungen in Berlin mehr oder weniger eingehend ausgearbeitete Projekte über eine elektrische Bahnverbindung teils zwischen Mögglingen, teils zwischen Unterböbingen und Heubach den bürgerlichen Kollegien von Heubach vorgelegt. Alle diese Projekte bezweckten die Herstellung eines privaten Eisenbahnunternehmens, mit welchem sich aber nach mannigfachen Verhandlungen die bürgerlichen Kollegien von Heubach nicht befreunden konnten, weil die Stadt bei all diesen Projekten solch große Opfer hätte bringen müssen, daß ein Unternehmen völlig aussichtslos erschien. Die kgl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen erklärte, daß auf Grund der vorliegenden Projekte der Privatbahngesellschaften, in denen die Einnahmen viel zu hoch und die Ausgaben viel zu nieder eingestellt seien und die auf ganz unzuverlässigen Unterlagen und Vorarbeiten beruhen, weder die Stadt noch der Staat oder eine Aktiengesellschaft einem Bahnprojekt nähertreten könne.

Aus Stadt und Umgebung

Ein norddeutscher Mühlenkontrolleur als Hamsterer. Der in Gmünd aufgestellte Mühlenkontrolleur Gustav H. von Halle a. S., welcher schon längere Zeit den Sicherheitsorganen als Hamsterer verdächtig erschien, wurde gestern beim Bahnhof hier von einem Landjäger und Schutzmann kontrolliert. In seinem Hamsterkoffer hatte er 3 Pfund Butter, 1 Pfund Schweineschmalz, 4 Pfund Rauchfleisch, 1 Pfund Schweinefleisch und Bratwürste und 8 Pfund Weißmehl. All dies wurde beschlagnahmt. H. war gerade im Begriff nach Halle zu fahren und wollte diese Leckerbissen seiner Braut bringen. Er soll schon öfters Pakete

mit Lebensmittel nach Halle geschickt haben. Diesmal konnte er „erleichtert" abfahren.

Die 4. Jahresausstellung Gmünder Künstler findet vom 10. bis 24. November im Saale der k. Fachschule statt. Neben Bildern, Plastiken und Architekturentwürfen ist auch das Kunstgewerbe vertreten und zwar durch Edelmetallarbeiten, Keramik, Holzschnitzereien, Perlstrickarbeiten und weibliche Handarbeiten.

Ein unvorsichtiger Gansliebhaber

Göppingen, 7. November. Vorgestern nacht machte, wie der Hohenstaufen berichtet, ein nach Gansbraten lüsterner Soldat dem Gänsestall des Landwirts Heinzmann in der Karlstraße einen Besuch. Da sich die Gänse das Halsabschneiden nicht stillschweigend gefallen lassen wollten, sondern in Erinnerung an die Rettungstat ihrer einstigen Kolleginnen im römischen Kapitol aus Leibeskräften schrien, wurde auch der Hund und gleich darauf auch der Besitzer lebendig. Angesichts der drohenden Gefahr nahm der Gansbratenliebhaber mit zwei geschlachteten Gänsen Reißaus und ließ den Rest der Gänseschar zurück. In der Eile vergaß er auch eine Tasche und sein in den Boden gespießtes Schlachtmesser. Das letztere aber wurde zu seinem Verräter, denn er hatte es kurz zuvor beim Messerschmied zum Schleifen gegeben, der, um einer Verwechslung vorzubeugen, den Namen des Eigentümers in den Griff gekritzelt hatte, so daß es keines Polizeihundes mehr bedurfte, um den ungebetenen Liebhaber eines saftigen Gansbratens festzustellen, der sich auf diese Weise gern über die fleischlose Woche hinweggeholfen hätte.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei

Berlin, 8. November WB. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion haben folgenden Aufruf erlassen: Arbeiter, Parteigenossen! Ein Teil der gestern von uns gestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden. Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung. Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht. Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigem Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heut mittag abgeschlossen sein wird. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Abordnung infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstands würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstands verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Samstag vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen. Arbeiter, Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft und eure Entschlossenheit vertragen diesen Aufschub.

Ruhe in Berlin

Übereinstimmend melden die Blätter, daß am gestrigen Tag in Berlin keinerlei Unruhen stattgefunden haben. In den Hauptstraßen ging es lebhafter zu als sonst. Gegen Abend rück-

ten in vielen Stadtgegenden Züge Berliner und auswärtiger Regimenter auf Lastkraftwagen an, die in Gastwirtschaften und anderen Räumen alarmbereit untergebracht wurden. Die Brücken der inneren Stadt, die Hochbahn und die Staatsbahn werden militärisch bewacht.

Nach dem Berliner Tageblatt wurde das Parteibüro der unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin gestern nachmittag polizeilich geschlossen und Parteisekretär Barth verhaftet. Auch der unabhängige Redakteur Däumig wurde auf der Straße verhaftet.

Die Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen stündlich zu erwarten

Berlin, 9. November WB. Der mit der Überbringung der Waffenstillstandsbedingungen beauftragte Kurier funkte heute nacht durch Eifelturm, daß er die Linie nicht überschreiten könne, da die Deutschen das Feuer noch nicht eingestellt hätten. Zu dieser Annahme wurde er anscheinend durch den Umstand veranlaßt, daß auf deutscher Seite ein Munitionsdepot in Brand geraten war und mit fortgesetzten Knällen in die Luft flog. Der Kurier wurde durch Funkspruch hierüber aufgeklärt und erhielt die Anweisung, die Linie sofort zu überschreiten. Das Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen kann stündlich erwartet werden.

Waldheil

Forstwart, 33 Jahre alt, sucht Stellung, wo Verheiratung möglich, zum sofortigen Eintritt nach Demobilmachung. Sucher war vor Mobilmachung in gräflichen und freiherrlichen Verwaltungen tätig, ist mit allen einschlägigen Arbeiten wohl vertraut und auch in der Lage, ein Revier selbständig zu verwalten; steht im Feld als Offiz.-Stellv. und erwartet seine Beförderung zum Feldw.-Lt. Lebenslauf, Zeugnisse und Referenzen stehen zur Verfügung.
Schriftl. Angebote unter „Waldheil“ an die Rems-Zeitung erbeten.

Vertilgung von Rabenkrähen und Saatkrähen

Vom k. Ministerium des Innern sind die Oberämter ermächtigt worden, die Anwendung des von der Firma H. Degener in Swinemünde mit Strychnin hergestellten Mittels zur Vertilgung von Krähen (Krähentod) unter Anordnung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln nach Maßgabe des § 21 der Giftverfügung auch für die Zeit vom 1. November 1918 bis 31. März 1919 zu gestatten.
Gmünd, 5. November 1918 – K. Oberamt I. V. Amtmann Glauner

Auf Grund des § 9b des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit Artikel 68 der Reichsverfassung und dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 verfüge ich hiermit die Beschlagnahme der Nr. 1 und etwa folgender Nummern der von dem angeblichen Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat unter der verantwortlichen Leitung von Fritz Rück herausgegebenen Zeitschrift „Die rote Fahne“. Gleichzeitig verbiete ich das Erscheinen und die Verbreitung der „Roten Fahne" sowie jeder anderen Druckschrift, die dazu bestimmt ist, die „Rote Fahne“ zu ersetzen. Den Druckereien wird untersagt, die „Rote Fahne“ oder eine sie ersetzende Druckschrift herzustellen. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Verfügung werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, nach § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu ein Jahr, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Druckereien haben die Schließung des Betriebs zu gewärtigen.
Stuttgart, 8. November 1918 – Der stellv. kommandierende General v. Schaefer

Todesanzeige

Schmerzerfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unser innigstgeliebter, unvergeßlicher Sohn und Bruder – Josef Dangelmaier, Kaufmann, im Reserve Infanterie Regiment 121, 11. Komp. – Inhaber des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse und der silbernen Verdienstmedaille, im Alter von 20 Jahren nach zehnmonatiger treuer Pflichterfüllung am 28. Oktober durch Verschüttung sein junges, hoffnungsvolles Leben fürs Vaterland lassen mußte. Um stille Teilnahme bitten die Eltern.

Widmung

dem auf dem Feld der Ehre gefallenen Karl Weller, stud. med.

Fern der Heimat, ferne von den Seinen,
in hoffnungsvoller Jugendkraft,
hat das Leben wieder einen
von den vielen weggerafft.

Mit Begeisterung im Herzen
und der Jugend frohem Glück
zog ins Feld er, ließ in Schmerzen
bang das Elternpaar zurück.

War bei manchem heißen Ringen,
blieb ein treuer Kamerad.
Sein Glaube tat ihm Stärke bringen,
Gott als Schild ihm dienen tat.

Als ihn die Feindeskugel traf,
ertrug als Held er seine Leiden.
Sein einzger Wunsch blieb bis zum ewgen Schlaf
Zu sehn die Heimat und der Eltern Freuden.

Blumen auf sein Grab zu streuen
ach, es ist uns nicht vergönnt.
Tränen nur darf Lieb ihm weihen,
Tränen bis das Auge brennt.

Um den einstigen Gefährten
trauern alle wir vereint:
Ruhe sanft in kühler Erden,
Heißgeliebter Sohn und Freund!

Von einer treuen Freundin

Gmünd, Montag 11. November
Verbrüderung an der Westfront?

Leipzig, 10. November WB. Von einem gestern abend aus dem Westen eingetroffenen Angehörigen der Armee wird der Leipziger Abendzeitung glaubhaft versichert, daß es kurz vor seiner Abreise an mehreren Stellen der Westfront zu großen Verbrüderungsszenen zwischen

deutschen und französischen Truppenteilen kam, bei denen rote Fahnen entrollt und sozialistische Lieder gesungen wurden. Bereits vor vier Tagen sollen, wie dabei die französischen Truppen erzählten, vier französische Divisionen gemeutert haben, so daß Foch sich veranlaßt gesehen habe, sie schleunigst hinter die Frontlinie zurückzuziehen. Auch an der früheren deutsch-englischen Front sollen ähnliche Ereignisse stattgefunden haben.

Waffenstillstandsbedingungen – Harte Forderungen

Berlin, 10. November WB. (amtlich) Folgendes ist ein Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen noch zu dieser Zeit übrigbleibt, wird interniert oder kriegsgefangen
3. Abzugeben sind: 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers. Mainz, Koblenz und Köln werden auf einen Halbkreis von 30 Kilometer Tiefe vom Feind besetzt.
5. Auf dem rechten Rheinufer sind 30 bis 40 km Tiefe neutrale Zonen. Räumung in elf Tagen.
6. Auf dem linken Rheinufergebiet darf nichts hinweggeführt werden. Alle Fabriken, Eisenbahnen usw. müssen unversehrt bleiben.
7. 5000 Lokomotiven, 150000 Eisenbahnwagen, 10000 Kraftwagen sind abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen. Ein Zeitpunkt hierfür ist nicht angegeben.
10. Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Bestands der Belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern und 6 Großschlachtschiffen. Die übrigen Schiffe werden interniert und überwacht von Verbündeten in neutralen oder verbündeten Häfen.
15. Sicherung der freien Durchfahrt durch das Kattegatt, Wegräumung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt behindert werden könnte.
16. Die Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weitergekapert werden.
17. Alle von Deutschland für die Neutralen verhängten Beschränkungen werden aufgehoben.
18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

An unsere Leser!

Die Schriftleitung hat sich entschlossen, auch unter den neuen Verhältnissen auf ihrem Posten zu bleiben, um die Fühlung mit ihrer Leserschaft nicht zu verlieren und zur Wahrung von Ruhe und Besonnenheit mitbeizutragen: Eine Abordnung des Gmünder Arbeiter- und Soldatenrats, die heute vormittag bei uns vorsprach, hat uns um die Aufnahme nachstehender Bekanntmachungen ersucht. Wir richten auch unsrerseits an die Einwohnerschaft von Stadt und Land die Bitte, im Interesse des Gesamtwohls die Ordnung aufrechtzuerhalten, da

nur auf diese Weise eine Klärung herbeigeführt und die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ermöglicht werden kann.
Schriftleitung der Rems-Zeitung

An die Einwohnerschaft von Stadt und Bezirk Gmünd

Nach erfolgter Proklamierung der republikanischen Staatsform für Württemberg und das Reich hat sich auch für Stadt und Bezirk Gmünd ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Entsprechend den Aufrufen der provisorischen Regierung in Stuttgart fordern auch wir die Einwohnerschaft auf, den Arbeiter- und Soldatenrat geschlossen zu unterstützen bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.
Gmünd, 11. November 1918 – Arbeiter- und Soldatenrat Gmünd

An die Waffenhändler

Der Verkauf von Waffen und Munition jeder Art wird hiermit verboten.
Gmünd, 11. November 1918 – Arbeiter- und Soldatenrat Gmünd

Abdankung des Kaisers
Thronverzicht des Kronprinzen

Berlin, 9. November WB. Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgiltig festzustellen.
Berlin, 9. November 1918 – Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden

Dazu kommentiert die Remszeitung: Der Kaiser hat abgedankt, aber sein Entschluß wie der Thronverzicht des Kronprinzen kam zu spät, um den Ausbruch der Revolution in den deutschen Großstädten zu verhindern. Auch die übrigen in der betreffenden Kundgebung des seitherigen Reichskanzlers angesagte Pläne wie Einsetzung einer Regentschaft und sofortige Ausschreibung allgemeiner Wahlen, vermochten das ins Rollen gekommene Rad nicht mehr aufhalten. Die Sozialdemokratie war auch nicht geneigt den kommenden Kanzler aus der Hand des Kaisers entgegenzunehmen, sondern berief selbst den Abgeordneten Ebert an die Spitze der Reichsgeschäfte, um ihn dann mit der Bildung der neuen Regierung zu beauftragen.

Berlin, 9. November WB. Der neue Reichskanzler erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:
Mitbürger!
Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit berichten. Die neue Regierung wird eine Volksregie-

Sonder-Ausgabe

der

Gmünder Zeitung

Samstag, den 9. November 1918.

Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen.

Der Rücktritt des Reichskanzlers steht bevor. Sein Nachfolger wird der Sozialdemokrat Ebert.

Berlin, 9. Nov. (Amtlich.)

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Trone zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Tronverzicht des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen und Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche National-Versammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden.

Verantwortlich: Emil Kühle. — Druck der Gmünder Zeitung, G. m. b. H., in Gmünd.

Extrablatt der Gmünder Zeitung vom Samstag, den 9. November 1918

Gmünder Zeitung

Mit den amtlichen Bekanntmachungen aus Stadt und Bezirk Gmünd

Amtsblatt für Alfdorf im Oberamt Welzheim

Nr. 263. Montag, 11. November 1918. 13. Jahrgang.

Im Zeichen der sozialen Republik

An unsere Leser!

Der Arbeiter- und Soldatenrat Gmünd hat uns heute früh ersucht, die von ihm erlassenen amtlichen Bekanntmachungen in unser Blatt aufzunehmen. Wir haben diesem Ersuchen entsprochen in der Ueberzeugung, damit zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe beizutragen. Wir bitten die Leser unseres Blattes, uns in diesem Bestreben zu unterstützen und empfehlen ihnen die Beachtung und Befolgung der nachstehenden Bekanntmachungen. Insbesondere seien die Soldaten zur Disziplin und zum Gehorsam ermahnt!

Alle Soldaten haben unverzüglich einzurücken!

Stuttgart, 11. November.

An alle Soldaten!

Sämtliche Soldaten haben sich unverzüglich zu ihren Truppenteilen zu begeben. Nichtbefolgung wird strengstens bestraft.

Der Soldatenrat:
gez. Eckmann.

An die Einwohnerschaft von Stadt

Die Waffenstillstandsbedingungen und ihre Annahme.

Ersuchen an den Präsidenten Wilson um Milderung.

Berlin, 9. Novbr. (Amtlich.)

Folgendes ist ein Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Inkrafttreten sechs Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung Belgiens, Frankreichs, Elsaß-Lothringens binnen 14 Tagen. Was an Truppen noch zu dieser Zeit übrigbleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben sind 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers, Mainz, Koblenz und Köln werden auf einen Radius von 30 Kilometer Tiefe vom Feinde besetzt.
5. Auf dem rechten Rheinufer sind 30 bis 40 Kilometer Tiefe neutrale Zone, Räumung in elf Tagen.
6. Auf dem linken Rheinufergebiet darf nichts hinweggeführt werden. Alle Fabriken, Eisenbahnen usw. müssen intakt bleiben.
7. 5000 Lokomotiven, 15 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen sind abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besetzungs-

Bedingungen bei den alliierten Mächten hinwirken zu wollen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen:
Solf.

Die neue Reichsregierung unter Reichskanzler Ebert.

Berlin, 9. Nov. (WTB.) Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Oeffentlichkeit berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volk den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Be-

Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche National-Versammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918.
Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden.

Berlin, 10. Nov. (WTB.) Der Kaiser ist im Gefolge von zehn Herrn in Arnheim (Holland) eingetroffen. Er nimmt Wohnung in der Villa des Barons Gentinl.

Berlin, 11. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: In Maastricht sind in Automobilen der frühere Kaiser und die Kaiserin und der Kronprinz eingetroffen und erwarten dort die Entscheidung der holländischen Regierung über ihre Zulassung in Holland.

Die Volks-Bewegung im Reich.

Sieg der Arbeiter und Soldaten in Berlin.

Nach einer amtlichen Meldung aus Berlin hat die Revolution in der Reichshaupt-

Gmünder Zeitung vom Montag, den 11. November 1918

rung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volk den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören! Es muß die Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Erzeugung von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straße! Sorgt für Ruhe und Ordnung!
Der Reichskanzler Ebert

Berlin, 9. November WB. Der Reichskanzler Ebert veröffentlicht nachfolgende weitere Kundgebung:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgaben kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leihen. Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volk. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterland durch furchtloses und unverdrossenes

Bezugspreis
vierteljährlich
in Gmünd . . . 3.— M
bei den Agenturen 3.— M
Durch die Post im Oberamt und 10 Km.-Verkehr 3.15 M, übriges Württemberg 3.30 M, außerhalb Württembergs 3.42 M.

Rems-Zeitung

Anzeigenpreis
einspaltige Zeile.
Stadt und Bezirk . . 20 ₰
auswärts . . . . 25 ₰
Reklamen
Stadt und Bezirk . . 40 ₰
auswärts . . . . 60 ₰
Postscheck-Rechnung Stuttgart Nr. 6517
Fernsprecher Nr. 53

Gmünder Tagblatt — Amtsblatt für den Bezirk Gmünd — Generalanzeiger des Jagstkreises.

Auflage über 9000.

Nr. 263. Gmünd, Montag 11. November 1918. 115. Jahrgang.

Die Waffenstillstands-Bedingungen.

Harte Forderungen.

Berlin, 10. Nov. WB. (Amtlich.) Folgendes ist ein Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1) Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.

2) Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen noch zu dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.

3) Abzugeben sind: 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.

4) Räumung des linken Rheinufers. Mainz, Koblenz und Köln werden auf einen Halbkreis von 30 Kilometer Tiefe vom Feind besetzt.

5) Auf dem rechten Rheinufer sind 30 bis 40 Km. Tiefe neutrale Zonen Räumung in 11 Tagen.

6) Auf dem linken Rheinufergebiet darf nichts hinweggeführt werden. Alle Fabriken, Eisenbahnen usw. müssen unversehrt bleiben.

7) 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen, 10 000 Kraftwagen sind abzugeben.

8) Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.

9) Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen. Ein Zeitpunkt hiefür ist nicht angegeben.

10) Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.

11) Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.

12) Rückgabe des Bestands der Belgischen

An unsere Leser!

Die Schriftleitung hat sich entschlossen, auch unter den neuen Verhältnissen auf ihrem Posten zu bleiben, um die Fühlung mit ihrer Leserschaft nicht zu verlieren und zur Wahrung von Ruhe und Besonnenheit mitbeizutragen.

Eine Abordnung des Gmünder Arbeiter- und Soldatenrats, die heute vormittag bei uns vorsprach, hat uns um die Aufnahme nachstehender Bekanntmachungen ersucht. Wir richten auch unsererseits an die Einwohnerschaft von Stadt und Land die Bitte, im Interesse des Gesamtwohls die Ordnung aufrechtzuerhalten, da nur auf diese Weise eine Klärung herbeigeführt und die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ermöglicht werden kann.

Schriftleitung der Rems-Zeitung.

An die Einwohnerschaft von Stadt und Bezirk Gmünd.

Nach erfolgter Proklamierung der republikanischen Staatsform für Württemberg und das Reich hat sich auch für Stadt und Bezirk Gmünd ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Entsprechend den Aufrufen der provisorischen Regierung in Stuttgart fordern auch wir die Einwohnerschaft auf, den Arbeiter- und Soldatenrat geschlossen zu unterstützen bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Gmünd, 11. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat Gmünd.

An die Waffenhändler.

Der Verkauf von Waffen und Munition jeder Art wird hiermit verboten.

Gmünd, 11. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat Gmünd.

befördern sollte, hat seinen Bestimmungsort bisher noch nicht erreicht. Ueber die Gründe seines Ausbleibens, das anscheinend auf einen Unglücksfall zurückzuführen ist, besteht noch keine Klarheit. Von deutscher Seite ist daher durch Funkspruch bei unserer Abordnung im feindlichen Hauptquartier Aufklärung erbeten worden. Marschall Foch wird die Bedingungen nach einem inzwischen eingetroffenen Funkspruch durch einen französischen Flieger in das deutsche Hauptquartier senden.

nicht stören! Es muß die Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Erzeugung von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs Schwerste an der Gesamtheit

stand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes: Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialdemokratischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten: Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stehen. Für Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts; jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei eines. Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reich alsbald zusammenzuberufen sind. Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll einer weiteren Erörterung vorbehalten bleiben. Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsch eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert. Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokrat. Partei.

Die sozialdemokratische Partei hat die in diesem Schreiben vorgelegten Bedingungen angenommen, worauf die unabhängige sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett erklärt. Die sozialdemokratische

Rems-Zeitung vom Montag, den 11. November 1918

Weiterarbeiten, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist. Berlin, 9. November 1918 – Der Reichskanzler: Ebert

Berlin, 10. November. Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf:
An Alle!

Die Verpflegung unserer Kameraden an der Westfront ist in größter Gefahr. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß sie unbedingt aufrecht erhalten werden; das sind wir unseren Kameraden schuldig.

Jede Plünderung oder Beschlagnahme ruhender oder auf dem Transport befindlicher Verpflegungs- und Futtermittel, die für das Feldheer bestimmt sind, jede Ablenkung oder Verzögerung von Transporten, jede Unterbrechung der Verladearbeiten bei den bisher mit dem Verpflegungsnachschub betrauten militärischen Stellen muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Setzt Euch mit aller Kraft für diese Aufgabe ein!
Der Reichskanzler: Ebert

Berlin, 10. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit:
Arbeiter! Bürger!

Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung ist es unbedingt erforderlich, daß die rationierten Lebensmittel nur auf Karten verabfolgt und entnommen werden. Zuwiderhandlungen verletzen die Interessen der Allgemeinheit und gefährden den Kampf des Volkes um seine Freiheit. Sie werden daher auf das allerstrengste geahndet werden.

Berlin, 10. November 1918 – I. A. des Arbeiter- und Soldatenrats: Der Ernährungsausschuß: Wurm

Die neue Regierung

Berlin, 10. November, 4.15 Uhr nachmittags (ARS) Die Regierung ist perfekt. Die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen Sozialdemokratie zur Bildung einer gemeinsamen Regierung sind soeben zum Abschluß gelangt. Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, das die Bedingungen für den Eintritt der unabhängigen Sozialdemokratie in das Kabinett enthält. Dieses Schreiben lautet: An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes: Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialdemokratischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten: Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stehen. Für Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts; jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei eines. Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reich alsbald zusammenzuberufen sind. Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll einer weiteren Erörterung vorbehalten bleiben. Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsch eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei hat die in diesem Schreiben vorgelegten Bedingungen angenommen, worauf die unabhängige sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett erklärt. Die sozialdemokratische Partei hat die Abgeordneten Ebert, Landsberg und Scheidemann als Minister in Aussicht genommen. Das Kabinett wird also aus Barth, Dittmann, Ebert, Haase, Landsberg und Scheidemann bestehen.

Die Umwälzung in Berlin

Berlin, 9. November WB. Berlin ist in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats. Heute morgen um 9 Uhr traten die Arbeiter der größten Industriebetriebe in den Generalstreik. In Zügen, denen rote Fahnen vorangetragen wurden und an deren Spitze bewaffnete Soldaten aller Waffengattungen schritten, eilten sie von allen Vororten dem Innern der Stadt zu . . . Anfangs wurden die Offiziere und Soldaten aufgefordert, die Kokarden und Achselstücke zu entfernen. In weitgehendem Maße geschah es freiwillig. Eine allgemeine Verbrüderung der Matrosen, Soldaten und Arbeiter vollzog sich. Man drang in die Kasernen ein und fand auch hier begeisterte Aufnahme bei den Soldaten. Die militärischen Besatzungen der Fabriken hatten mit den Arbeitern gemeinsam die Werkstätten verlassen und handelten mit ihnen gemeinsam. Soweit bis jetzt bekannt, kam es nur bei der Besetzung der Maikäferkaserne zu einem Zusammenstoß zwischen den Massen und der bewaffneten Macht. Aber auch hier waren es nur zwei Offiziere, die schossen. Drei Tote und ein Verwundeter sind zu beklagen. Die Inbesitznahme der meisten öffentlichen Gebäude und Anstalten vollzog sich ohne Schwierigkeiten, nachdem klar war, daß das Militär zum Volk übergegangen war. Der Zug der streikenden Arbeiter der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie kam gegen ½ 12 Uhr vor

dem Reichstag an. Eine Abteilung Jäger besetzte die Freitreppe, vor der sich die Menge sammelte. Abgeordneter Scheidemann hielt eine Ansprache.

Berlin, 9. November (Meldung des Arbeiter- und Soldatenrats). Das Polizeipräsidium und das Oberkommando sind in unserer Hand. Karl Liebknecht hat die rote Fahne auf dem Schloß gehißt. Auch von dem Brandenburger Tor weht die rote Flagge – Wolffs Telegraphisches Büro wurde heute mittag durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt. Seit 3 Uhr steht der Nachrichtendienst des Büros unter der Vorzensur des Arbeiter- und Soldatenrats. Die Besetzung des Büros geschah ohne Schwierigkeiten, so daß der Nachrichtendienst an die deutsche Presse hiedurch keine Verzögerung erleidet.

Berlin, 10. November, 4.15 Uhr nachmittags WB. Das Schloß ist von Offizieren vollständig geräumt und von den Rätetruppen besetzt. Die Lage ist vollkommen ruhig. Gegen 12 Uhr fiel aus Richtung der Universität der letzte Schuß. Sonst ist nichts Verdächtiges in der Umgebung des Schlosses mehr vorgefallen.

Der Kaiser sucht Zuflucht in Holland

Berlin, 10. November WB. Der Kaiser ist mit 10 Herren seines Gefolges in Arnheim (Holland) eingetroffen. Er nimmt in der Villa des Barons Bentink Wohnung.

Berlin, 11. November WB. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: In Maastricht sind in Kraftwagen der frühere Kaiser und die Kaiserin und der Kronprinz eingetroffen und erwarten dort die Entscheidung der holländischen Regierung über ihre Zulassung in Holland.

Die Republik in Württemberg

In ähnlicher Weise wie im Reich vollzog sich die Umwälzung in Württemberg. Dort erließ am Samstag die tags zuvor unter dem Vorsitz des Abgeordneten Liesching gebildete neue Regierung gemeinsam mit dem König einen Aufruf, in dem die Einberufung einer verfassungsgebenden Landesversammlung angeordnet wurde, zu der in gleicher und geheimer Wahl alle württembergischen Staatsangehörigen über 24 Jahre wahlberechtigt sein sollten. Der König sprach darin auch aus, daß seine Person niemals ein Hindernis für eine von der Mehrheit des Volkes geforderte Entwicklung sein werde. Gleichzeitig wurde die Mahnung an das Volk gerichtet, Besonnenheit und Ordnung zu wahren.

Noch am gleichen Tag wurde jedoch auch in Stuttgart die Republik Württemberg ausgerufen und eine vorläufige Regierung sozialdemokratischen Karakters unter dem Vorsitz von Blos und Crispien gebildet.

Stuttgart, 9. November WB. Heute abend hat sich im Landtagsgebäude eine neue vorläufige Regierung gebildet. Sie erläßt folgenden Aufruf:

An das württembergische Volk!

Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist erklärt. Eine neue Zeit der Demokratie und Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den Freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General von Ebbinghaus mit seinem Offizierskorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist vorläufig und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine verfassungsgebende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten. Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen. Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen. Unberufenen Elementen, die sich Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsorgane. Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsorge getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat. Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun. Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet. Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Stockungen eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sämtlicher Erwerbsschichten aufs nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen, dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeiführen zu helfen.

Stuttgart, 9. November 1918 – Die vorläufige Regierung

Dazu kommt folgende Erklärung:

Ich habe mich bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelfen, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt.

9. November 1918 – General von Ebbinghaus

Die Vorgänge in Gmünd (Bericht der Remszeitung)

Gmünd, 11. November. Die Ereignisse haben sich in den letzten Tagen geradezu überstürzt. Seit Samstag weht in fast allen größeren Städten Deutschlands und seit gestern wohl auch in den meisten Provinzstädten die Fahne der Republik. Die ursprünglich von den unabhängigen Sozialdemokraten in die Wege geleitete Bewegung, hat die Anhänger der seitherigen sozialdemokratischen Regierungspartei mitgerissen, was zur Folge hatte, daß die beiden in den letzten Kriegsjahren einander feindlich gegenüberstehenden Flügel sich geeinigt haben und nun gemeinsame Sache machen.

Diese Entwicklung sahen selbst die Nächstbeteiligten nicht voraus, und wenn der Vorsitzende der Samstag abend im Bären tagenden starkbesuchten Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten Lachenmaier einleitend auch auf die Tatsache hinwies, daß die hiesige Presse die Aufnahme der Einladungsanzeige für diese Versammlung ablehnte, so ist dazu zu bemerken, daß bis vor einigen Tagen noch die Bestrebungen der Unabhängigen selbst von der eigenen Bruderpartei, den Regierungssozialisten, scharf bekämpft wurden, daß der Vorwärts den Bolschewismus nach russischem Muster weit von sich wies, da er den Hungertod für Deutschland mit sich bringen und den Uebergang zur Volksregierung gefährden müsse. Erst die letzten zwei oder drei Tage haben hier die Gegensätze geglättet. Ueber die angezogene Versammlung ist zu berichten, daß der Referent Hoschka aus irgendeinem Grund nicht erschien. Der Vorsitzende Lachenmaier übernahm es deshalb, an seiner Stelle die anderwärts bereits aufgestellten Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte in großen Zügen durchzugehen. Bei der Forderung der Abschaffung der Dynastie sprach der Redner

für eine einheitliche deutsche Republik unter Abschaffung der Kleinstaaten. Zur Forderung der Annullierung der Kriegsanleihen von 1000 Mark an möchte er eingefügt wissen: „Unter Berücksichtigung der Minderbemittelten“. In seinen Ausführungen erklärte der Versammlungsleiter die Furcht mancher Einwohner vor Gewalttätigkeiten für völlig unbegründet. Man wolle die Zukunft nicht auf Scherben aufbauen. Die Versammlungsteilnehmer ermahnte er zur Ruhe und Ordnung, damit die Weiterentwicklung der eingeleiteten Aktion nicht gestört werde. Da sich niemand zu Wort meldete, wurde über die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats abgestimmt und diese unter Beifall angenommen. Mit einem Hoch auf die Republik endete die Versammlung, die völlig ruhig verlaufen war.

Sonntag vormittag kam im Kraftwagen eine Abordnung des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats hierher. Im Bären wurde sodann der Arbeiterrat, in der Kaserne, wo auch der Arrest geöffnet wurde, der Soldatenrat gebildet. Nachmittags 3 Uhr fand dann vor dem Rathaus, auf dem ein rotes Fähnchen wehte, eine Kundgebung statt. Von mehreren Rednern wurde verkündet, daß die Arbeiter und Soldaten nach der langen Zeit der Unterdrückung es unternommen hätten, sich selbst zu regieren ohne die seitherige Bevormundung. Es wurden die Namen der Mitglieder des Arbeitsausschusses bekanntgegeben, zur Ruhe und Ordnung aufgefordert und über die aufgestellten Forderungen abgestimmt. Mit einem Hoch auf die Republik und anschließendem Umzug durch einige Straßen endete diese Kundgebung. Das Publikum hielt musterhafte Ruhe. Die Jugend nahm die Sache allerdings weniger von der ernsten Seite.

Die Gmünder Zeitung berichtete über dieselben Fakten etwas modifizierter:

Stadt und Land

Gmünd, 11. November. Die Errichtung eines Arbeiter- und Soldatenrats ist gestern auch für die Stadt Gmünd erfolgt. Schon auf Samstag abend war von der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Versammlung in den „Bären“ einberufen, die stark besucht war. An Stelle Hoschka's, der nicht erscheinen konnte, erläuterte Herr Lachenmaier die bekannten Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte, die der Aufrichtung der sozialen Republik dienen. Mit den „Regierungssozialisten“, die inzwischen sich mit den Unabhängigen verbrüdert haben, setzte sich der Redner den Umständen entsprechend in sachlich-milder Form auseinander. Schon um halb neun Uhr war, da sich niemand zu Wort meldete, die Versammlung zu Ende. Sie hatte einen durchaus ruhigen Verlauf genommen.

Gestern früh wurde die Einwohnerschaft durch die Stadtschelle auf nachmittags 3 Uhr auf den Marktplatz geladen. Eine tausendköpfige Menge hielt schon vor der angegebenen Zeit den Platz und die Fenster der umstehenden Häuser besetzt. Auf dem schmalen, mit der roten Fahne geschmückten Balkon über dem Eingang des Rathauses erschienen die Vertreter des in den Vormittagsstunden gebildeten Arbeiter- und Soldatenrats. Herr Lachenmaier machte Mitteilung von der Bildung des Rats, wie sie heute überall in den deutschen Städten erfolge. An den Arbeiter- und Soldatenrat gehe nun die Gewalt über. Er mahnte zur Ordnung und Ruhe und sagte, daß niemand ein Leids geschehen werde.

Ein Vertreter des Soldatenrats gab zur Kenntnis, daß die in der Kaserne eingesperrt gewesenen Soldaten sich nach zweistündigen Zureden übergeben hätten. Die Bestätigung seiner Worte ergab sich aus der Tatsache, daß die Menge der Zuhörer reichlich mit feldgrauem Tuch durchsetzt war. Sämtliche Soldaten hatten schon am Vormittag auf Anweisung der im Auto von Stuttgart gekommenen Revolutionspolizei die Reichskokarde abgenommen. Offiziere waren auf den Straßen nicht zu sehen. Auch Fernsprecher und Telegraph wurden von den neuen Herrn besetzt und stehen unter Kontrolle.

Vom Balkon sprachen noch Herr Benkelmann und Stadtrat Zehnder, beide zur Ruhe und Besonnenheit mahnend. Die Namen der vierzehn Mitglieder des A- und S-Rats wurden verlesen und durch Handaufheben eines Teils der Versammlung als gewählt bezeichnet. Dann formierte sich ein langer Demonstrationszug, der unter Vorantragung einer roten Fahne und vereinzelten Kundgebungen (Hochrufen auf die soziale Republik, Nieder mit dem Kapitalismus!) durch die belebten Straßen und Gassen zog. Als der Zug durch die Rinderbachergasse zog, kamen eben die ersten Extrablätter über den Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen aus der Druckerei der „Gmünder Zeitung". Sie dämpften die revolutionäre Freude und hunderte sorgenvolle Gesichter drängten sich um unser Haus, das dem Ansturm der Extrablattkäufer kaum stand zu halten vermochte.



Von der Revolution bis zum Friedensschluß.

14. November bis 31. Dezember 1918

Arbeiter- und Soldatenrat. Nach Ausbruch der Revolution wurde in den Garnisonstädten und bei der Heimkehr der Truppen Heeresgut aller Art in mitunter ungeheuerlichem Umfang entwendet und verschleudert. Der Arbeiter- und Soldatenrat richtete nun am 14. November an die Bevölkerung des Oberamtsbezirks die Aufforderung, alle in ihrem Besitz befindlichen militärischen Waffen und sonstigen Gegenstände alsbald an die Behörden abzuliefern.

Am 19. November erließ der Arbeiter- und Soldatenrat an die städtische Einwohnerschaft den Befehl, solche Personen, die unrechtmäßig außerordentlich große Vorräte in Lebensmitteln und Bedarfsartikeln angehäuft hätten, zur Anzeige zu bringen, damit Beschlagnahme der Vorräte erfolgen könne. Anonyme Anzeigen sollten aber nicht berücksichtigt werden. — Von erheblichen Erfolgen dieses etwas gummiartigen Erlasses hat man nichts gehört. Die Vorräte waren eben auch in der Einbildung größer als in der Wirklichkeit.

Am 25. November wurde die Bevölkerung von Stadt und Bezirk vor Personen gewarnt, die unter dem schwindelhaften Vorbringen, vom A.- und S.-R. beauftragt zu sein, Lebensmittel aufkauften.

Bei der Landesversammlung der Arbeiterräte Württembergs (8. Dez.) stellte der Gmünder Arbeiterrat Staudinger unter Protest der Mehrheit radikale Forderungen, so das Verlangen der Diktatur unter gänzlicher Ausschaltung der bürgerlichen Klasse.

Im Auftrag der Stadtverwaltung veröffentlichte Oberlehrer Georg Stütz 1928 seine fünfbändige Chronik „Gmünd im Weltkrieg" und beschrieb darin u. a. auch die Ereignisse während und nach der Novemberrevolution

einhorn Jahrbuch
SCHWÄBISCH GMÜND 1998



Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
25. Jahrgang / 1998
Herausgegeben von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Gerhard Nagel
Gesamtherstellung: Einhorn-Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

ISSN 0723-0877
ISBN 3-927654-67-1

BILDNACHWEIS

Stadt Schwäbisch Gmünd, Presseamt S. 7, 11, 12, 15, 17, 18, 19, 21, 22, 25, 26, 27, 28
Archiv Einhorn-Verlag S. 10, 39(2), 56, 57, 58, 59, 90, 116, 117, 120, 140, 142(1)
Privat S. 31, 33, 34, 78, 79, 80
Museum für Natur & Stadtkultur S. 37, 41, 42, 43, 44, 45, 46
Stadtarchiv S. 39(1), 82, 84, 85, 86, 88, 109, 110, 112, 113, 114, 123, 133, 134, 135, 170, 173, 179
Hermann Hänle S. 48, 49, 50, 51, 54
Archiv Staatliches Realschulseminar S. 63, 64, 65
Foto Schweizer S. 68, 69, 72, 73
Foto Lutz S. 76
Theo Zanek S. 142(1), 144, 145, 146
Johannes Schüle S. 148
Hermann Kissling S. 149, 151, 154
Aus "Otto Borst, Nellingen" S. 150
Foto Böhm 166
Marinekameradschaft Schwäbisch Gmünd S. 183
Werner K. Mayer S. 186, 187, 188, 189

Umschlagfoto: Das Geigerbrünnele im Stadtgarten, ein Werk des Gmünder Künstlers und Ehrenbürgers Prof. Wilhelm Widemann (1856–1915) aus dem Jahre 1906.
Foto: Eduard Stanzel